KOVÁCS RÉTI SZEGHEŐ
ANWALTSKANZLEI

Über die Verzugszinsen steht eine Eintreibungspauschale von 40 EUR den Gläubigern auch zu

Nach den Erfahrungen haben zahlreiche Leiter davon Keine Kenntnis, dass sofern die Rechnung seiner Firma bei dem Vertrag zwischen Unternehmen nicht fristgemäß beglichen wird, dann ist die Firma zur Eintreibungspauschale von 40 Euro auch berechtigt – machte die Expertin der Kovács Réti Szegheő Anwaltskanzlei die Origo darauf aufmerksam. Frau RA. Dr. Mónika Kapetz hat darauf hingewiesen: es ist empfehlenswert für die Unternehmen, darauf zu achten, sofern ihre Rechnungen im Fall von ihren nach 1. Juli 2013 abgeschlossenen Verträgen nicht fristgerecht beglichen werden, dann können sie auch die Eintreibungspauschale über die Verzugszinsen geltend machen.

Vom 1. Juli 2013 wurde der Gläubiger im Fall von einer aufgrund der zwischen Unternehmen abgeschlossenen Verträge eingetretenen Zahlungsverspätung über die Verzugszinsen auch zu einer Eintreibungspauschale berechtigt.

Das am 15. März in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch verfügt auch so im Sinne einer EU Richtlinie – betonte die Expertin der Kovács Réti Szegheő Anwaltskanzlei.

Natürlicherweise, die Eintreibungspauschale ist im Falle der nach 1. Juli 2013 abgeschlossenen oder dementsprechend modifizierten Verträge anzuwenden ist, ist diese Bestimmung bezüglich der vor diesem Zeitpunkt abgeschlossenen bzw. der hinsichtlich der Schuld und der Verzugszinsen nicht modifizierten Verträge nicht anwendbar, wenn die Verspätung nach 1. Juli 2013 eingetreten ist.

Verzugszinsen und EUR 40

Nach dem BGB kann der Gläubiger über der mit den Verzugszinsen erhöhten Summe ohne weitere Bedingungen eine Eintreibungspauschale von EUR 40 fordern. Die Parteien dürfen die Eintreibungsgebühr in einem EUR 40 überschreitenden Betrag in ihrem Vertrag auch vereinbaren.

Die ohne weitere Bedingung bedeutet, - betonte Dr. Mónika Kapetz – dass diese Summe dem Gläubiger unabhängig davon zusteht, ob der Schuldner seine Verspätung entschuldigt hat bzw. ob Eintreibungskosten tatsächlich bei dem Gläubiger entstanden sind. Wenn das in Verspätung fallenden Unternehmen freiwillig leistet, steht diese EUR 40 vom Zeitpunkt des Verzugs zu, und steht ohne gesonderte Aufforderung dem Gläubiger zu.

Wenn die Kosten der die freiwillige Leistung des Schuldners unterstützenden Maßnahmen des Gläubigers zum Beispiel der Telefonat oder der Aufforderung unter dem EUR 40 bleiben, muss der Schuldner diese Summe im Sinne des BGB dem Gläubiger bezahlen.

Die Eintreibungspauschale ist ein selbstständiger Rechtstitel

Die Eintreibungspauschale ist ein selbstständiger Rechtstitel, steht sie zu und wird so fällig, wie die Verzugszinsen und genauso wie die Verzugszinsen, ist die Eintreibungspauschale die objektive Sanktion der Geldschuld, - hat die Expertin der Kovács Réti Szegheő Anwaltskanzlei bekannt gegeben.

Die Vertragsbestimmung, die sich nach der Beschränkung oder Ausschließung dieser EUR 40 Summe richtet, ist nichtig, können die Parteien aber diese EUR 40 erhöhen.

Der Gläubiger – wenn die Betreibung seiner Forderung diese EUR 40 tatsächlich überschreitet, . kann diese Differenz beim bestehen von anderen Bedingungen als Schadenersatz oder Prozesskosten geltend machen. Die Summe der Eintreibungspauschale ist auf den Schadenersatz angerechnet, aber in die Vertragsstrafe nicht, weil das BGB so verfügt, dass die Regeln der Verzugszinsen auf die Vertragsstrafe anzuwenden sind.

Der Gläubiger ist berechtigt, diese Eintreibungspauschale im Falle der verspäteten Bezahlung der Geldschuld davon unabhängig anzufordern, wie hoch der Betrag der Schuld ist, wann der Zahlungsverzug passiert ist, und für welchen Zeitraum die Verspätung besteht.

Weitere Regelungen

Die Währung der Eintreibungspauschale verteilt das rechtliche Schicksal der Hauptforderung, also sie richtet sich im Sinne des BGBs damit nach der Währung der Hauptforderung, dass sofern die Schuld in HUF zu bezahlen ist, dann ist die Summe der Eintreibungspauschale aufgrund der am Beginntag der Zahlungspflicht der Verzugszinsen gültigen EUR-HUF Devisenmittelkurse der Ungarischen Nationalbank auszurechnen. Von dieser Wechselmode können die Parteien im Vertrag abweichen.

Das BGB macht aber nicht für die Gläubiger verbindlich die Eintreibungspauschale geltend zu machen. Die Eintreibungspauschale bildet bei dem Gläubiger keine Besteuerungsgrundlage und muss mit keinem Beleg gemäß dem Umsatzsteuergesetz begleitet werden.

Wenn der Gläubiger seine Forderung auf die Eintreibungspauschale nicht geltend macht, hat es keine Schenkungs- und andere Gebührenkonsequenzen.

Mit Hinsicht auf die Obigen, ist es empfehlenswert für die Unternehmen, darauf zu achten, sofern ihre Rechnungen im Fall von ihren nach 1. Juli 2013 abgeschlossenen Verträgen nicht fristgerecht beglichen werden, dann können sie auch die Eintreibungspauschale über die Verzugszinsen geltend machen.